

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 11

Artikel: Stimmzettel - Denkmittel - Wahlzettel
Autor: Maissen, Toya
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340771>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stimmzettel – Denkzettel – Wahlzettel

Auch wenn die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» noch nicht gewonnen werden konnte, so hat sie mehr als nur ein Zeichen gesetzt.

Zunächst hat sie eine nie vermutete Anzahl von Ja-Stimmen hereingeholt. Die von den Militärs vor der Abstimmung leichtfertig festgesetzte Schmerzgrenze für den Ja-Stimmen-Anteil wurde mehrfach überschritten. Das wird jetzt schamhaft heruntergespielt. Nur noch «beunruhigend» war für die «NZZ» das Abstimmungsergebnis, bei dem ein Drittel der Stimmenden sich gegen die Armee aussprach. In der Beurteilung des Abstimmungsergebnisses klammerten sich vor allem bürgerliche Parteien und Politiker an die Tatsache, dass zweifellos eine erkleckliche Zahl von Denkzetteln in die Urne gelegt worden waren.

Aber auch diese angeblichen oder tatsächlichen Denkzettel vermochten in der bürgerlichen Mehrheitspolitik nichts zu bewirken, als die Gelegenheit kurz nach der Abstimmung gegeben war: die Verabschiedung des Militärbudgets in den eidgenössischen Räten in der auf die Abstimmung folgenden Wintersession.

Die SP-Fraktion hatte Rückweisung des Militärbudgets beantragt, um dem Bundesrat und dem Parlament die Möglichkeit zu geben, erste

Konsequenzen aus den Denkzetteln zu ziehen. Mit der Rückweisung des Budgets hätte eine schrittweise Senkung der Armeekosten eingeleitet werden können. Bundesrat und Parlament hätten den Stimmbürgern, namentlich einer jüngeren Generation, beweisen können, dass sie wenigstens gewillt sind, nachzudenken. Nichts dergleichen geschah.

Die SP scheiterte mit ihrem Vorstoss genauso wie der Landesring mit der Forderung, das Militärbudget dürfe nicht über das 6-Prozent-Wachstum des Bruttoinlandproduktes hinausgehen. Der Antrag der SP-Fraktion wurde gegen den lückenlosen Widerstand der bürgerlichen Parteien abgeschmettert, während der Landesring Zuzug von ein paar besonders mutigen CVPlern erhielt, aber auch nicht viel weiter kam.

Mit dieser unnachgiebigen Haltung des militärisch-industriellen Komplexes wird die bisherige Sicherheitsphilosophie festgeschrieben. Die mutmasslichen Denkzettel blieben ohne irgendwelchen Einfluss auf die Volksvertreterinnen und Volksvertreter. Die Zeichen wurden weder erkannt noch gesetzt.

Allerdings weiss man auch im eidgenössischen Machtkartell genau, dass die Schweiz auch im Ernstfall nicht mit Kampf-Jets zu verteidigen ist. Kein hochindustrialisiertes Land ist

– auch nicht mit konventionellen Waffen – zu verteidigen. Die Risiken der industriellen Tätigkeit, die schon im zivilen Leben Mensch und Natur lebensgefährlich bedrohen, sind im Falle kriegesischer Auseinandersetzungen gar nicht mehr abzuschätzen.

Aber um diese Art der Verteidigung geht es ja auch nicht. Die derzeitige Sicherheitsphilosophie hat eine andere Sicherheit im Sinn: Es geht nur und ausschliesslich um die Absicherung des Machtkartells. Wirtschaftlicher Einfluss, die Herrschaft über die Produktionsentscheidungen und die Verteilung gilt es abzusichern. Redet das Volk bei den Militärausgaben mit, so redet es bald auch bei der Produktion mit.

Zu überlegen ist deshalb in der SPS, ob nicht eine Neuauflage des Rüstungsreferendums notwendig ist. Der Stimmzettel als Denkzettel hat durchaus eine politische Funktion, auch wenn die Mehrheitspolitiker dies bislang glauben ignorieren zu können. Aber nicht nur der Stimmzettel funktioniert als Denkzettel. Der Wahlzettel ist noch wichtiger, wenn es um die Macht geht. Dieses Zeichen muss das Volk setzen.

Toya Maissen